

# »Mehr Geld für die Entwicklung trotz der Krise«

Bundesminister Dirk Niebel (FDP) über neue Förderungsbedingungen und den Nutzen für den deutschen Arbeitsmarkt

Bielefeld (WB). Das Ziel bleibt: Spätestens 2015 will Deutschland 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklung ausgeben, verspricht Bundesminister Dirk Niebel (FDP). Das würde fast eine Verdoppelung der derzeitigen Ausgaben bedeuten. Beim Redaktionsbesuch stellte sich Niebel den Fragen von Bernhard Hertlein.

fach erklärt, dass wir an diesem Ziel festhalten wollen. Auf diese Zusage zähle ich. Derzeit sind wir nach Berechnungen der OECD bei einem Anteil von 0,39 Prozent. Als ich mein Amt übernommen habe, lag der Wert bei 0,35 Prozent. Wir haben also einen Anstieg trotz Euro-Krise und Schuldenbremse. Das ist eine besondere Leistung der deutschen Steuerbürger. Wir sind das einzige Ressort neben dem Bildungsministerium, das keine Kürzungen, sondern Aufwüchse zu verzeichnen hat.

**?** Einst wollten Sie das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) abschaffen. Nun liest man, dass das Personal im Ministerium um ein Drittel aufgestockt werden soll. Wie passt das zusammen?

**Dirk Niebel:** Wir wollten dieses Ministerium nie abschaffen, sondern wir waren nur gegen die Art und Weise, wie meine Amtsvorgängerin ihre Arbeit betrieben hat. Deshalb wollten wir das Ministerium, wie viele andere europäische Staaten auch, ins Außenministerium integrieren. Wir haben durch die Vorfeldreform mehr als 700 Stellen im Haushalt des Bundes eingespart. Einige davon werden ins BMZ überführt, um die verloren gegangene politische Steuerung wiederzuerlangen. Trotz Verstärkung des BMZ, Einreichung einer Servicestelle für die Zivilgesellschaft und eines unabhängigen Evaluierungsinstituts bleibt aber eine Nettoentlastung des Haushalts von 300 Stellen, auf die ich stolz bin.

**?** Die Industriestaaten haben sich darauf verständigt, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe auszugeben. Halten Sie daran fest, dass Deutschland dieses Ziel 2015 erreichen wird?

**Niebel:** Die Kanzlerin hat mehr-

**?** Ist es richtig, Entwicklungshilfe an Bedingungen im Partnerland zu knüpfen?

**Niebel:** Ja. Entwicklungshilfe war früher. Der Begriff unterstellt: Einer gibt und einer nimmt. In der Entwicklungszusammenarbeit agieren wir als Partner, das heißt: auf gleicher Augenhöhe. Wir schließen Vereinbarungen. Und wenn man sich an die Spielregeln nicht hält, bricht man die Vereinbarung.

**?** Können Sie ein Beispiel für die Bedingungen nennen?

**Niebel:** In Malawi wurde die Pressefreiheit eingeschränkt und die Strafbarkeit von Homosexualität zwischen Frauen dramatisch verschärft. Daraufhin habe ich die allgemeine Budgethilfe gestoppt, weil gegen die getroffenen Vereinbarungen – also die Achtung der Menschenrechte – verstoßen wurde.

**?** Abgesehen von solchen Fällen von Menschenrechtsverletzungen wie in Malawi: Gibt es weitere Bedingungen, die das Partnerland erfüllen muss?

**Niebel:** Erstmals haben wir 2011 die Zusammenarbeit mit Afghanistan in zwei Tranchen eingeteilt und nur bei konkreten Fortschritten zum Beispiel bei der Korruptionsbekämpfung und der



Kommt das Geld aus Deutschland an? Bundesminister Dirk Niebel (FDP) lässt sich in Bangladesch die neue Biogasanlage erklären.

Foto: dpa

Verbesserung der Regierungsführung zugesagt. Diese Konditionierung hat gewirkt.

**?** Kann, darf oder soll Entwicklungshilfe auch in einem Streit zwischen einem deutschen Privatunternehmen und der Regierung oder Justiz im Partnerland eingesetzt werden? Konkret geht es um 21 Millionen Euro finanzielle Hilfe, die den Philippinen zugesagt, aber gesperrt sind, weil es einen Rechtsstreit um die Beteiligung von Fraport am Flughafen von Manila beziehungsweise die Enteignung des Unternehmens gibt.

**Niebel:** Ich kann den Einzelfall als laufendes Verfahren nicht kommentieren. Generell gilt: Grundsätzlich sollte Entwicklungspolitik nie instrumentalisiert werden. Wo der Bund, zum Beispiel durch eine Bundesgarantie oder aufgrund von Schuldenrückständen, beteiligt ist, ist die Sachlage eine andere.

**?** Ist das Emsland eine Entwicklungsregion?

**Niebel:** Nein.

**?** Warum fördern Sie aber den noch die Popenburger Meyer-Werft, die ein Schiff für Indonesien bauen will?

**Niebel:** Was Sie sagen, stimmt nicht. In Indonesien geht es um eine moderne Fähre für einen

Inselstaat. Fahren sind dort, was für uns Straßen sind: Lebensadern. Deshalb unterstützen wir den Bau einer Fähre. Ab einem bestimmten Zuschussanteil an Steuergeld ist es möglich, eine gebundene Ausschreibung nach OECD-Standards zu machen, die vorsieht, dass eine in Deutschland ansässige Werft dieses Schiff baut.

**?** Wäre es nicht billiger, das Schiff in Indonesien bauen zu lassen?

**Niebel:** Es gibt viele Schiffe, die in Indonesien oder China gebaut werden könnten. Es ist aber kein Fehler, dass, wenn der deutsche Steuerzahler in solchem Umfang beteiligt ist, der Minister darauf achtet, dass deutsche Arbeitnehmer profitieren. Wenn der deutsche Arbeitsmarkt zusammenbrechen würde, würde auch die Leistungsfähigkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit abnehmen.

**?** Die Liste der Kooperationsländer soll bis Ende der Legislaturperiode von 58 auf 50 reduziert werden. Welche Länder fallen heraus? Nach welchen Kriterien gehen Sie vor?

**Niebel:** Seit Anfang 2010 gibt es keine neuen Zusagen mehr an China. Das ist auch folgerichtig, weil uns China als Exportweltmeister überholt hat. Wir bringen nur die laufenden Projekte zu Ende. Die Länderliste ist im Kabinett und dem Parlament abgestimmt, aber vor einer Veröffentlichung möchten wir unsere Partnerländer selbst informieren – sie sollen Informationen zu unserer Zusammenarbeit nicht der Zeitung entnehmen müssen.

**?** Fallen auch Länder aus politischen Gründen aus der Förderung?

**Niebel:** Ja, Entwicklungsorientierung und Regierungsführung spielen selbstverständlich eine Rolle. Genauso aber auch der Entwicklungsstand des Landes.

**?** Wenn wir Nicaragua nennen würden, erhielten wir dann von Ihnen ein Nein?

**Niebel:** Ich kann keine Aussage zu Ländern machen, solange diese noch nicht darüber informiert sind.

**?** Wird Syrien dabei sein?

**Niebel:** In Syrien ist die

Entwicklungszusammenarbeit aufgrund der politischen Situation unterbrochen. Unsere Experten haben bereits im April das Land verlassen. Lediglich irakische und palästinensische Flüchtlinge und die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser unterstützen wir weiter.

**?** Welche Auswirkung hat die neue Länderliste auf die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen?

**Niebel:** Keine. Projekte von Nichtregierungsorganisationen können wir in allen Entwicklungsländern fördern.

**?** Sie besuchen jährlich mehr als 30 Länder. Gab es dabei eine Situation, in der Sie sich hilflos gefühlt haben?

**Niebel:** Mehrfach. So habe ich gefallene deutsche Soldaten aus Afghanistan heimholen müssen. Später habe ich eine Frauenklinik im Kongo besucht. In dem Land wird sexueller Missbrauch als Kampfmittel eingesetzt. Man kann sich nicht vorstellen, wie bestialisch Menschen sein können. Und in dieser Klinik wurden Frauen – ich muss das leider so hart sagen – förmlich zusammengeflochten.

**?** Und wie steckt man so etwas weg?

**Niebel:** Gar nicht.



## Lob vom Bundesminister

Helmut Behnisch (Mitte) hat in Bad Salzungen den ersten regionalen Entwicklungspreis verliehen bekommen, der von FDP-Staatssekretärin Gudrun Kopp ausgelobt worden war. Gratulant war Dirk Niebel, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Seit 1987 setzt sich Behnisch aus Lage (Kreis Lippe) unter anderem für Chile ein, betreut Aids-Hilfsgruppen, baut Photovoltaikanlagen auf und organisiert die Lieferung von Ausbildungsmaterialien. Niebel: »Allein mit staatlichen Geldern können wir Armut nicht bewältigen – dazu benötigen wir Aktive in Vereinen, Stiftungen, Kirchen und Privatwirtschaft.«

## Ein Friedensdorf lehnt sich auf

Palästinensische Zivilisten wollen im Nahen Osten ohne Waffengewalt ans Ziel kommen

■ Von Bernhard Hertlein

Gütersloh/Ramallah (WB). Im Nahen Osten herrscht Stillstand. Die Politiker haben sich in ihren Positionen eingegraben. Derzeit ist die Region neuem Krieg näher als dem Frieden. Und doch ist die Lage nicht ganz hoffnungslos.

Für Bewegung sorgt eine Gruppe palästinensischer Zivilisten in der Westbank. Sie hat sich bedingungslos der Gewaltfreiheit verschrieben. Ausgangspunkt sind die Dörfer an der von Israel errichteten Grenzmauer. Die überwiegend bäuerliche Bevölkerung verliert immer wieder Land.

Zu den jüdischen Siedlungen kommt seit 2002 der Bau der

Grenzmauer. Nimmt man die Grüne Linie von 1967, dann befinden sich die Grenzanlagen teilweise bis zu mehrere 100 Meter auf der palästinensischen Seite. Die Eigentümer wurden entschädigungslos enteignet. Olivenbäume wurden von Soldaten aus der Erde gerissen und entwurzelt.

So erging es auch dem Dorf Nil'in in der Nähe von Ramallah. Ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Flächen ging bereits verloren. Die kleine Ölfabrik im Dorfzentrum steht wegen fehlenden Nachschubs meistens still. Die Einwohnerzahl ging von 12 000 auf 5000 zurück. Eine Straße, die zu den umliegenden jüdischen Siedlungen führt, teilt das Dorf. Sie darf nur von Israelis und Armeefahrzeugen befahren werden. Eine Unterführung ist zwar im Bau. Wenn sie jedoch fertig ist, wird sie von der israelischen Armee

bewacht und nur von 6 bis 18 Uhr geöffnet werden.

Saeed Amireh (20) stammt aus Nil'in. Sein Vater Ibrahim führt mit anderen Dorfbewohnern das »Popular Committee against the Apartheid Wall and Illegal Settlements« an. Mehrmals wurde er schon nach gewaltfreien Protesten verhaftet, verbrachte insgesamt mehr als zwei Jahre im Gefängnis. Sein Sohn berichtet von Folter.

Außerdem habe die israelische Armee das Wohnhaus der Familie 15 Mal bei Razzien durchwühlt, ohne irgendetwas Illegales zu finden. Auch Saeed selbst und einige seiner Geschwister wurden bereits inhaftiert. »Nur Schikanken«, sagt er und spricht von 6000 politischen Gefangenen in

Israel. In Nil'in seien in den vergangenen Jahren fünf gewaltfreie Demonstranten getötet worden, darunter ein zehnjähriges Kind. Und trotzdem bleibt der Palästinenser dabei, dass die Bewegung gewaltfrei bleiben werde: »Wir wissen, dass unser Weg lang ist und viel Mut erfordert. Aber eine Alternative gibt es nicht.«

Die Reaktionen der israelischen Armee und Behörden zeugten von Hilflosigkeit: »Wenn wir Bomben werfen würden, hätten sie es einfacher«, sagt Saeed Amireh, der sich auf Europareise befindet. Eingeladen hat ihn das schwedische Parlament. Von Norwegen kommend bereist er OWL und hält Vorträge. Nil'in ist kein Ausnahmefall. Als Vorbild gelten die Bewohner

»Die Welt darf sich nicht von Palästina abwenden.«

Saeed Amireh

von Budrus. Als sie 2003 gewaltfrei gegen den Bau der Grenzmauer protestierten, zog ein Offizier mit dem Stab eine Linie in den Sand. Wer sie überschreite, werde erschossen. »Daraufhin«, berichtet Saeed Amireh, »stellten sich zig Demonstranten auf und zählten bis drei. Dann sprangen alle über die Grenze.« Zum Glück schoss keiner der Soldaten.

Die Gewaltfreienbewegung beschränkt sich nicht auf die Palästinensergebiete. »Wir haben Kontakt zu gewaltfreien israelischen Gruppen.« Israelis und Palästinenser berufen sich auf den Inder Mahatma Gandhi. Er führte seine Heimat gewaltfrei in die Unabhängigkeit.

Saeed Amireh hat eine Hoffnung: »Die Welt darf sich nicht von Palästina abwenden. Nur wenn registriert wird, was mit uns geschieht, sind wir wenigstens ein bisschen geschützt.«



Der 20-jährige Saeed Amireh will ohne Waffengewalt Frieden in Nahost erreichen.